

HINTERGRUNDGESPRÄCH

*„Beim sogenannten Antidiskriminierungsgesetz ist man weit übers Ziel hinausgeschossen“
(Peter Beyer)*



Mit Peter Beyer sprach Marc Peine

Bürokratie um 22 Prozent abgebaut

Peter Beyer: „Brüsseler Vorgaben nicht immer mittelstandsfreundlich“

Bevor Peter Beyer im September 2009 als Spitzenkandidat der CDU für den Nordkreis Mettmanns mit einem Direktmandat ausgestattet in den Deutschen Bundestag einzog, arbeitete der Volljurist als Rechtsanwalt in Ratingen, wobei er seinen beruflichen Schwerpunkt auf den gewerblichen Rechtsschutz legte. Zuvor sammelte Beyer als „Master of Laws“ internationale Erfahrungen in Chicago und Los Angeles. Sicher waren seine langjährigen Aufenthalte in den Vereinigten Staaten mit ein Grund dafür, dass ihn die CDU/CSU-Bundestagsfraktion als ordentliches Mitglied in den Auswärtigen Ausschuss entsandte. In einem Hintergrundgespräch mit Marc Peine und dem BVMU-Repräsentanten für den Kreis Mettmann, Marcus Rexfort, lehnte Peter Beyer aus jetziger Sicht einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union begründet ab. Länder, die der EU beitreten wollten, müssten zumindest zum überwiegenden Teil auch geographisch zu Europa gehören, sagte Beyer. Gleichwohl würdigte Beyer die Leistungen, die die Türkei zur Erreichung europäischer Standards bereits erbracht hat. Allerdings, so Beyer weiter, seien bei der Türkei noch lange nicht die Voraussetzungen für eine Aufnahme in die EU erreicht. Auf keinen Fall dürften Fehler wie bei den EU-Beitritten von Bulgarien und Rumänien wiederholt werden. „Beide

Länder wurden in die Europäische Union aufgenommen, obwohl sie hierfür nicht reif waren.“

Ähnlich differenziert äußerte sich der CDU-Abgeordnete beim Thema Integration. Diese sei nicht nur eine Bringschuld Deutschlands, sondern auch eine der Zuwanderer. So sei das Erlernen der Deutschen Sprache ein „absolutes Erfordernis“ – wie in anderen Ländern mit hohen Zuwanderungsquoten auch. Insofern seien Einbürgerungstests nicht diskriminierend, sondern zwingende Voraussetzung dafür, bereits vorhandene Parallelgesellschaften aufzulösen.

Absage an Volksentscheide

Natürlich kam bei dem Gedankenaustausch auch die Mittelstandspolitik nicht zu kurz. Beyer verwies auf die Erfolge der christlich-liberalen Koalition beim Bürokratieabbau. Bis Ende 2010 seien Bürokratiebelastungen entsprechend dem vereinbarten 25-Prozent-Ziel bereits zu 22 Prozent abgebaut worden. Dennoch verkenne er nicht, „dass ein Großteil neuer Gesetze auf Vorgaben beruht, die in Brüssel konzipiert und nicht immer mittelstandsfreundlich sind“. Dabei denke er vor allem an das sogenannte Antidiskriminierungsgesetz, bei dem man weit übers Ziel hinausgeschossen sei, hob Beyer hervor. Vehement verteidigte der CDU-Politiker sei-

nen Standpunkt, Ehe und Familie durch die Einführung eines Familiensplittings zu stärken, mit dem Ziel, zusätzliche Anreize zu schaffen, um mit Blick auf die demographische Entwicklung die Geburtenrate zu steigern. Die Einführung des Betreuungsgeldes bezeichnete er als notwendige Maßnahme, „um die Gründung einer Familie attraktiver zu machen“.

Der Forderung aus den Reihen von SPD und Bündnisgrünen, durch Volksentscheide auf Bundesebene die Bürger stärker an politischen Entscheidungen teilhaben zu lassen, erteilte Peter Beyer eine Absage. Das Beispiel Schweiz taue nicht, weil eine vielfach geringe Wahlbeteiligung die Legitimation eines Volksentscheides in Frage stelle. Ein weiterer Nachteil des Volksentscheides sei, dass es auch bei sehr komplexen Themen immer nur ein „Ja“ oder „Nein“ gäbe und eine legitimierte parlamentarische Debatte entfalle. „Dies ist Schwarz-Weiß-Politik und somit kein Zugewinn an Demokratie“, begründete Beyer seine ablehnende Haltung. Er könne sich jedoch sehr gut vorstellen, auf der kommunalen Ebene verstärkt Bürgerentscheide in die praktische Politik mit einzubinden, damit beispielsweise in der Bildungspolitik oder bei der Planung regionaler Bauprojekte Bürger und Ratsvertreter gemeinsam an einem Strang ziehen können. ■